

Seltene Erden – es braucht klare Regeln

Das Fallbeispiel eines Bergbauprojekts in Madagaskar zeigt, dass der Abbau Seltener Erden mit großen Risiken für Menschenrechte und Umwelt verbunden ist. Mitverantwortlich ist die problematisch hohe Nachfrage in Europa. Südwind fordert klare Regeln für eine global gerechte Rohstoffpolitik.

Seltenerdmetalle wie Lanthan, Promethium oder Ytterbium stecken unter anderem in unseren Handys und Laptops und kommen in Medizintechnologie und Militärtechnik zum Einsatz. Die Nachfrage steigt seit Jahren. Bis 2050 könnte sie sich laut EU-Kommission verzehnfachen.



Gerade für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien sind sie zentral, da sie effiziente E-Autos und Windräder erst ermöglichen. Die EU-Kommission hat sie als „kritische Rohstoffe“ eingestuft, bei der Risikobewertung hinsichtlich Versorgungssicherheit haben Seltenerdmetalle den Höchstwert bekommen.

Doch Abbau und Weiterverarbeitung haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit und die Rechte

der Menschen vor Ort. „Solange die Preise günstig, die Lieferung pünktlich und der Abbau weit weg von der eigenen Haustüre ist, wird das von westlichen Abnehmer-Ländern und belieferten Unternehmen toleriert“, sagt Andreas Müller, Experte für Rohstoff-Lieferketten bei Südwind.

„Gerade im Globalen Süden braucht es seriöse Umweltverträglichkeitsprüfungen und einen demokratischen Interessenausgleich“, so Müller. Und: „Nicht jeder Anwendungsbereich von Seltenerd-Metallen hat den gleichen gesellschaftlichen Nutzen. Für eine global gerechte Rohstoffpolitik sind Sektor-spezifische Verbrauchs- und Reduktionspläne unerlässlich.“

Die Menschenrechtsorganisation Südwind und die Partnerorganisationen CRAAD-OI, WoMin sowie die Dreikönigsaktion haben eine Fallstudie zur Situation auf der Halbinsel Ampasindava in Madagaskar durchgeführt. Dort verhindert lokaler Widerstand seit mehr als zehn Jahren, dass eine Mine in Vollbetrieb geht. Denn für die Bevölkerung, die von Landwirtschaft und Fischfang lebt, steht viel auf dem Spiel. ▶

Liebe Leser:innen und Unterstützer:innen,

es braucht klare Regeln für den Abbau Seltener Erden, beim Lieferkettengesetz aber auch für Großgrundbesitzer von riesigen Sojaplantagen. Das alles gibt es in dieser Ausgabe zu lesen. Weiters Infos über das Projekt in Indien von Sonne International sowie jenes der KAJ Gruppen in Venezuela.

Schönen Sommer!
Martha Stollmayer

Gefährdete Existenzgrundlage: Vergiftete Böden und Waldzerstörung

Vom Abbau bis zur Raffinerie von Seltenerdmetallen werden enorme Mengen an Wasser und Energie verbraucht und eine beträchtliche Menge Treibhausgase freigesetzt. Beim geplanten Abbau auf Ampasindava würden giftige Chemikalien verwendet werden, die in Böden und Grundwasser gelangen und Krankheiten verursachen können. Das hätte auch Auswirkungen auf Korallenriffe und die Fischerei. Laut CRAAD-OI würde in den nächsten 40 Jahren eine Fläche von 7.000 Hektar betroffen sein. Für Bohrlöcher, Auffangbecken und Minen-Infrastruktur samt Zufahrtsstraßen müssten auf einem Drittel der Fläche Wälder gerodet und Ackerflächen vernichtet werden. Langfristig fürchten die Landwirt:innen auf Ampasindava, durch den Seltene Erden-Bergbau ihre Ländereien und damit ihre Einkommens- und Lebensgrundlage zu verlieren. Vor allem Frauen wären von den Auswirkungen des Bergbaus betroffen. Das Projekt ist außerdem direkt neben einem Naturschutzgebiet geplant. Dort befinden sich seltene Pflanzen- und gefährdete Tierarten.

Für soziale und ökologische Gerechtigkeit fordert Südwind klare politische Rahmenbedingungen:

- In Abbaugebieten braucht es: Freie, vorherige und informierte Zustimmung durch die Lokalbevölkerung, offene Konsultationen vor jedem Bergbau-Projekt und Verhandlungen frei von Zwang.
- In Österreich und der EU braucht es: Langlebige und nachrüstbare Elektro-Geräte und Technologien mit leicht recycelbaren Komponenten; Verringerung des Materialfußabdrucks auf 7t pro Person/Jahr bis 2050 wie in der österreichischen Kreislaufwirtschafts-Strategie vorgesehen.
- Auf internationaler Ebene braucht es: Verbindliche Regeln für Konzerne: UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten sowie ein starkes europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette verpflichtet.

www.südwind.at

Mit Bildung aus der Armut

Unsere gemeinnützige Hilfsorganisation SONNE-International betreibt im indischen Bundesstaat Bihar bereits seit 2012 eine eigene Dorfschule, um insgesamt über 320 Kindern Zugang zu schulischer Bildung zu ermöglichen, damit sie danach eine Chance auf einen sicheren und krisenfesten Beruf bekommen.

Öffentliche Schulen oder andere Bildungseinrichtungen sind weit entfernt von unserem Projektgebiet und Geld für den

nötigen Transport der Kinder haben die Eltern nicht. Die Regierung kümmert sich unzureichend um eine menschenwürdige Entwicklung in den ländlichen Regionen und die individuelle Entfaltung der ansässigen Kinder wird durch das Fehlen von Schulen und Gesundheitseinrichtungen stark eingeschränkt. Langfristig haben Kinder ohne Zugang zu Bildung nur schwer die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu etablieren – gerade auch in den Dörfern.



An unseren SONNE-Schulen ist der Schulzugang für die Eltern mit keinerlei Kosten verbunden. Deswegen haben auch die Ärmsten der Armen die Möglichkeit, ihre Kinder in eine formelle Schule zu schicken und ihnen eine qualitative Bildung zu ermöglichen. Als wichtige Begleitmaßnahmen bieten wir in unseren Schulen auch medizinische Versorgung, Umweltworkshops und Selbstverteidigungskurse an.

»Der Solifonds unterstützt unser Schulprojekt heuer mit 1.500 Euro. Wir sind sehr dankbar für diese wertvolle Unterstützung.«

Armin Möisinger, Projektleiter SONNE-International
www.sonne-international.org

Solidaritätsunterstützung für Jugendliche in Venezuela

Jugendliche sind von den Konsequenzen der Ungleichheit in Venezuela besonders stark betroffen. Ihr Leben ist geprägt von Exklusion, schlechten Bildungsmöglichkeiten und wenig Chancen auf eine menschenwürdige Arbeit. Schon seit 2015 haben sich die Lebensbedingungen für die Menschen in Venezuela aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Probleme stark verschlechtert. Die Pandemie wirkte wie ein Brandbeschleuniger, viele Jugendliche mussten ihre Ausbildung abbrechen und versuchten, mit informeller Arbeit, Arbeitsmigration oder Straßenverkauf das Überleben ihrer Familien zu sichern.

In dieser Situation haben die KAJ-Gruppen von Carorita und Ciudad Guayman in der Nähe der Stadt Barquisimeto im Nordosten Venezuelas, nach der Methode Sehen-Urteilen-Handeln, ein Projekt für soziales und gemeinschaftliches Wirtschaften entwickelt.

Seit März 2022 haben sich mehr als 50 Jugendliche an dem Prozess beteiligt und gemeinsam eine Hasenzucht aufgebaut. Sie wurden in die Prinzipien des gemeinsamen solidarischen Wirtschaftens eingeführt und lernten praktische und kaufmännische Fähigkeiten in der Landwirtschaft sowie partizipative Beteiligungsmethoden kennen.

Ein Teil der Produkte und Einkünfte wurde direkt an die beteiligten Jugendlichen und ihre Familien weitergegeben. Damit konnten lebenswichtige Nahrungsmittel und die medizinische Versorgung der Familien gewährleistet werden. Der andere Teil wurde in Bildungsmaßnahmen und in den Ausbau der Selbstversorgung investiert.

Durch das Projekt haben die Jugendlichen gelernt, aus ihrer Perspektivenlosigkeit heraus, durch Solidarität und Zusammenarbeit auf ihre Lebensrealität positiv einwirken zu können. Das Projekt konnte mit Ihrer Unterstützung im Ausmaß von insgesamt € 3.000,- gefördert werden. Vielen Dank dafür!

Karin Roller-Robbrecht



© JOC Venezuela

Mehrheit für EU-Lieferkettengesetz

Die EU-Abgeordneten haben im Juni 2023 für ein EU-Lieferkettengesetz gestimmt, das Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte, Umwelt und Klima entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu schützen.

„Es ist ein starkes Zeichen des EU-Parlaments, das den jüngsten Aufweichversuchen von Konzernlobbyist:innen eine klare Absage erteilt“, sagt Bettina Rosenberger, Koordinatorin der Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“. Laut Rosen-

berger enthält die abgestimmte Position wesentliche Verbesserungen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag vom Februar 2022 und zur Position des Rates vom Dezember 2022. Als größter Wermutstropfen bleibt die Beweislast aufseiten der Betroffenen. Um tatsächlich zu ihrem Recht zu kommen, müssen Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, auch laut Position des Parlaments, massive Hürden überwinden.

www.südwind.at

Dörfer wehren sich gegen Soja-Konzern

Der extensive Anbau von Soja, allen voran für die Tierfutterherstellung, bedroht in Brasilien Lebensräume. 32 Familien konnten sich aber nach einem jahrelangen Kampf gegen ein Soja-Unternehmen behaupten.

Der Cerrado, eine Savanne, erstreckt sich über fast zwei Millionen Quadratkilometer und ist die artenreichste Savanne der Welt. Neben dem Amazonas ist er das wichtigste Ökosystem Brasiliens und einer der größten Wasserspeicher des Landes. Die Agrarindustrie hat bereits fast die Hälfte des Cerrado mit Cashcrops wie Baumwolle, Mais und Soja übersät.

Im Bezirk Formosa do Rio Preto, im Nordwesten von Bahia, hat sich das Unternehmen Condomínio Cachoeira do Estrondo, kurz Estrondo, niedergelassen. Es besteht derzeit aus 14 Farmen und bewirtschaftet Monokulturen, hauptsächlich Soja, auf einer Fläche von über 220.000 Hektar – das entspricht fast ebenso vielen Fußballfeldern.

Die Gemeinde Cacimbinha, nur über holprige Pisten erreichbar, ist eine der sieben Gemeinden, die vor 150 Jahren von Siedlern in einem Tal entlang der bewaldeten Flussufer des Rio Preto gegründet wurden. 32 Familien leben hier von kleinbäuerlichem Lebensmittelanbau und Rindern, die im Wald weiden. Das sensible Ökosystem wird dabei nicht gestört, da alles, was die Tiere fressen, wieder nachwächst. Doch um das Tal herum haben sich in den letzten 30 Jahren Sojaplantagen der Firma Estrondo ausgebreitet, mit verheerenden Folgen für die Umwelt und die Lebewesen.

Die Menschen in der Gemeinde leiden unter den Auswirkungen des Sojaanbaus. Viele Bewohner:innen klagen über Vergiftungssymptomen, die vermutlich vom Glyphosat, das auf den Sojapflanzen versprüht wird, stammt und über das Trinkwasser in ihre Quellen gelangt.



Die Menschen, die hier leben, haben nie einen Eigentumstitel für ihr Land erhalten, wie viele andere Siedler:innen, Indigene und Nachfahren von Sklav:innen. 80 Prozent des Landes sind im Eigentum von 10 Prozent aller Landbesitzer:innen.

Laut brasilianischem Waldschutzgesetz müssen im Cerrado 20 Prozent des privaten Großgrundbesitzes als Naturreservat erhalten bleiben. Estrondo hatte sich das Land der Menschen im Tal unrechtmäßig angeeignet und es als sein Naturreservat deklariert. Auch unerlaubterweise wurden immer neue Soja-Plantagen angelegt.



Nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Umweltdelikten erhoben hatte, willigte Estrondo 2011 ein, soziale und ökologische Kompensationen zu leisten und die territorialen Autonomierechte der Gemeinden anzuerkennen. Stattdessen aber kam es zu Repressalien gegen die Siedler:innen. Die Menschen hatten Angst vor bewaffneten Männern, Angst aus dem Haus zu gehen, Angst, dass jemand verschwindet. Nach jahrelangem Widerstand und internationaler Unterstützung wurde 2022 die verbindliche Anerkennung der Territorialrechte der Gemeinden durchgesetzt, der Estrondo-Konzern und die Gemeinden sollten das Abkommen im Juli unterzeichnen.

Die Zukunft der Soja-Farmen ist jedoch ungewiss. Aufgrund des Klimawandels könnte die Produktion im Cerrado bis 2050 um bis zu 26 Prozent zurückgehen, wenn das Wachstum der Industrie unverändert bleibt.

Mit freundlicher Genehmigung von Südwind.
Erstausgabe in der Langfassung Südwind Magazin 5-6/2023.